

Waldgesetz des Kantons Aargau, Änderung

Geltendes Recht	Entwurf vom 1. Dezember 2016
	<b>Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaG)</b>
	<i>Der Grosse Rat des Kantons Aargau beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Der Erlass SAR <a href="#">931.100</a> (Waldgesetz des Kantons Aargau [AWaG] vom 1. Juli 1997) (Stand 1. August 2013) wird wie folgt geändert:
<p><b>§ 3</b> Waldareal</p> <p><sup>1</sup> Die für den Begriff des Waldes gemäss Art. 1 Abs. 1 der Waldverordnung (WaV) vom 30. November 1992 <sup>1)</sup> massgebenden Werte betragen:</p> <p>a) Fläche mit Einschluss des Waldsaumes: 600 m<sup>2</sup>;</p> <p>b) Breite mit Einschluss des Waldsaumes: 12 m;</p> <p>c) Alter der Bestockung auf Einwuchsflächen: 15 Jahre.</p> <p><sup>2</sup> Erfüllt die Bestockung in besonderem Masse Wohlfahrts- oder Schutzfunktionen, so gilt sie unabhängig von ihrer Fläche, ihrer Breite oder ihrem Alter als Wald (Art. 1 Abs. 2 WaV).</p> <p><sup>3</sup> Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über die Waldgrenzen und das Verfahren zur Waldfeststellung.</p>	<p><b>§ 3</b> Waldareal<sup>¶</sup> <u>a) Allgemeines, Festlegung</u></p> <p><sup>3</sup> <u>Der Kanton erlässt zur Festlegung des Waldareals einen Waldgrenzenplan. Bestockungen ausserhalb des festgelegten Waldareals gelten nicht als Wald.</u></p>

<sup>1)</sup> SR [921.01](#)

Geltendes Recht	Entwurf vom 1. Dezember 2016
	<p><b>§ 3a</b> <u>b) Änderungen</u></p> <p><sup>1</sup> <u>Entscheide über Rodungen und die erforderlichen Ersatzaufforstungen erfolgen im Rodungsbewilligungsverfahren.</u></p> <p><sup>2</sup> <u>Entscheide über Erweiterungen des Waldareals erfolgen auf Antrag der Gemeinde im Verfahren gemäss § 3 Abs. 3 und sind mit dem Nutzungsplanungsverfahren zu koordinieren.</u></p> <p><sup>3</sup> <u>Unwesentliche Änderungen des Waldareals werden im Rahmen der amtlichen Vermessung durch die hierfür zuständige kantonale Behörde im Einvernehmen mit der für die Festlegung des Waldareals zuständigen kantonalen Behörde verfügt.</u></p>
	<p><b>§ 3b</b> <u>c) Ausführungsbestimmungen</u></p> <p><sup>1</sup> <u>Der Regierungsrat erlässt durch Verordnung Vorschriften über die Waldgrenzen sowie über das Verfahren und die behördliche Zuständigkeit zur Festlegung und Änderung des Waldareals im Waldgrenzenplan.</u></p>
<p><b>§ 6</b> Richt- und Nutzungsplanung</p> <p><sup>1</sup> Der Kanton sorgt in der Richtplanung für den Einbezug der Ziele und Massnahmen dieses Gesetzes und für deren Abstimmung mit den andern raumwirksamen Tätigkeiten.</p> <p><sup>2</sup> Die Einwohnergemeinden berücksichtigen die Ziele und Massnahmen dieses Gesetzes in der Nutzungsplanung. Wo Bauzonen an den Wald grenzen, sorgen sie für die Feststellung der Waldgrenzen. Wo nötig, schaffen sie Schutzzonen im Wald.</p> <p><sup>3</sup> Die forstliche Planung berücksichtigt die raumplanerischen Vorgaben.</p>	<p><sup>2</sup> Die Einwohnergemeinden berücksichtigen die Ziele und Massnahmen dieses Gesetzes in der Nutzungsplanung. <u>Sie lassen das im Waldgrenzenplan rechtskräftig festgelegte Waldareal als Orientierungsinhalt in den Nutzungsplänen eintragen.</u> Wo nötig, schaffen sie Schutzzonen im Wald.</p>

Geltendes Recht	Entwurf vom 1. Dezember 2016
<p><b>§ 33</b> Rechtsschutz</p> <p><sup>1</sup> Für den Rechtsschutz bei Verfügungen und öffentlich-rechtlichen Verträgen gelten neben Art. 46 WaG die Bestimmungen der Gesetzgebung über die Verwaltungsrechtspflege <sup>1)</sup>.</p> <p><sup>2</sup> Gegen letztinstanzliche Entscheide der Verwaltungsbehörden oder gegen Entscheide des Spezialverwaltungsgerichts kann Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden.</p>	<p><b>§ 33</b> <i>Aufgehoben.</i></p>
	<p><b><u>§ 33a</u></b> <u>Rechtsschutz</u></p> <p><sup>1</sup> <u>Wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse geltend macht, kann innerhalb der Auflagefrist bei der für die Festlegung des Waldareals beziehungsweise bei der für Rodungsgesuche zuständigen kantonalen Behörde Einsprachen gegen den Waldgrenzenplan beziehungsweise Einwendungen gegen Rodungsgesuche erheben.</u></p> <p><sup>2</sup> <u>Diese Einsprachen beziehungsweise Einwendungen sind schriftlich einzureichen und haben einen Antrag und eine Begründung zu enthalten.</u></p> <p><sup>3</sup> <u>Wer es unterlässt, solche Einsprachen beziehungsweise Einwendungen zu erheben, obwohl Anlass dazu bestanden hätte, kann den ergehenden Entscheidung nicht anfechten. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Wiederherstellung bei unverschuldeter Säumnis gemäss dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007 <sup>2)</sup>.</u></p> <p><sup>4</sup> <u>Einsprachen und Beschwerden gegen den Erlass des Waldgrenzenplans haben nur aufschiebende Wirkung, wenn und soweit sie die Rechtsmittelinstanz gewährt.</u></p>

<sup>1)</sup> SAR [271.200](#)

<sup>2)</sup> SAR [271.200](#)

Geltendes Recht	Entwurf vom 1. Dezember 2016
	<p><sup>5</sup> <u>Entscheide der für die Festlegung des Waldareals beziehungsweise für Rodungsgesuche zuständigen kantonalen Behörde können beim Regierungsrat mit Beschwerde angefochten werden.</u></p> <p><sup>6</sup> <u>Entscheide der für die Erhebung der Ausgleichsabgabe zuständigen kantonalen Behörde können beim Spezialverwaltungsgericht mit Beschwerde angefochten werden.</u></p>
	<p><b>§ 44</b> <u>Übergangsrecht zur Änderung vom XX.XX.XX</u></p> <p><sup>1</sup> <u>Das im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung rechtskräftig festgelegte Waldareal wird in den Waldgrenzenplan gemäss § 3 Abs. 3 übernommen und ist nicht mehr anfechtbar.</u></p> <p><sup>2</sup> <u>Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung hängigen Gesuche und Verfahren zur Festlegung des Waldareals werden nach bisherigem Recht zu Ende geführt.</u></p> <p><sup>3</sup> <u>Neue Gesuche und Verfahren zur Festlegung des Waldareals nach bisherigem Recht sind nach Inkrafttreten dieser Änderung möglich, solange der Waldgrenzenplan gemäss § 3 Abs. 3 noch nicht öffentlich aufgelegt worden ist. Sie werden nach bisherigem Recht zu Ende geführt.</u></p>
	<b>II.</b>
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung unter Ziff. I.
	Aarau,

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Entwurf vom 1. Dezember 2016</b>
	Präsident des Grossen Rats Protokollführerin